



Speicher, 15. Juni 2020

## **Coronavirus (COVID-19); Bericht über kantonale Massnahmen; Genehmigung**

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren aus Regierungs- und Kantonsrat

Die Versicherer kennen bei der Beurteilung der Risiken den Begriff «Jahrhundertereignis». CoVid-19 darf mit Recht in diese Kategorie eingeteilt werden. Die Krise hat unser Leben tiefgreifend beeinflusst. Sie hat uns vor schwierige ethische Fragen gestellt, z. B. welche Einschränkungen der Freiheit das Bedürfnis nach Sicherheit der anderen rechtfertigt. Die wirtschaftlichen Folgen sind ebenso einschneidend. Sie rufen nach neuen, solidarischen Finanzierungsformen.

Der vorliegende Bericht der Regierung arbeitet die CoVid-Krise ausführlich auf. Wir sind der Meinung, dass die Regierung gemacht hat, was nötig war. Sie hat schnell und mit pragmatischen Massnahmen auf den Verlauf der Pandemie reagiert. Wirtschaftliche Massnahmen wurden speditiv umgesetzt und Gelder schnell ausbezahlt. Die Massnahmen wurden der Bevölkerung auch gut kommuniziert.

Es fällt jedoch auf, dass sich der Kanton kaum mit eigenen Mitteln für die Krisenmassnahmen engagiert. Er schöpft teilweise auch nicht alle vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aus. So stünden für den Kulturbereich mehr Bundesgelder zur Verfügung, wenn der Kanton mehr investieren würde. Die prompte Unterstützung der Kulturschaffenden und der KITAS unterstützen wir sehr. Wir stellen uns aber die Frage, wie sich die Fonds-Entnahmen auf zukünftige Aufgaben auswirken. Bei den Liquiditätshilfen des Bundes für Ausserrhoder Unternehmen von knapp 30 Millionen Franken wird nur ein durchschnittlicher Bezug von 82'000 Franken erwähnt. Hier ist uns nicht ganz klar, ob viel Geld wenigen grossen Firmen gesprochen wurde oder ob v. a. die Kleinen profitiert haben.

Wichtiger als der Blick zurück ist uns aber jener in die Zukunft. Die Krise hat gezeigt, wie wichtig ein starker Sozialstaat ist. Das Instrument der Kurzarbeitsentschädigung hat einen schlimmeren Verlauf der Krise verhindert. Deshalb stellen wir uns klar gegen den Ruf nach einem Abbau der Schulden in wenigen Jahren. Das würde den Staat nur schwächen und krisenanfälliger machen. Zusätzlich bremst ein rascher Schuldenabbau ganz klar ein Wiedererstarken des Konsums. Wir denken, dass sich der Kanton in den kommenden Jahren mit mehr eigenen Mitteln an der Bewältigung der wirtschaftlichen Schäden beteiligen muss.

Eine weitere Lehre betrifft den Umgang mit systemrelevanten Angeboten. Die Finanzierung der Kitas steht ohne gesetzliche Abstützung auf tönernen Füßen. Das Pflegepersonal zeigte während des Lockdown ein hohes Mass an Flexibilität bei den Arbeitseinsätzen. Es darf nicht sein, dass daraus resultierende Minusstunden nun auf das Personal überwältzt werde. Wir wünschen uns mehr Wertschätzung für das Pflegepersonal und für alle systemrelevanten Berufe.

Wie uns der Rechenschaftsbericht der Regierung gezeigt hat (S. 96), ist das Arbeitsinspektorat schon in gewöhnlichen Zeiten nicht in der Lage, alle vorgeschriebenen Kontrollen durchzuführen. Gerade in den jetzigen Zeiten wären aber Kontrollen der Umsetzung der CoVid-Massnahmen für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung massgebend.

Für die Zukunft ist es wichtig zu evaluieren, welche Massnahmen angemessen waren, um eine Weiterverbreitung des Virus zu verhindern. Dabei müssen auch die möglichen negativen Auswirkungen in die Überlegungen mit einbezogen werden. Als Beispiele seien erwähnt die Quarantänemassnahmen in Altersheimen, wo Personen einzeln im Zimmer isoliert wurden, oder die Schule ohne Präsenzunterricht.

Wir danken der Regierung, dem Krisenstab und allen weiteren Beteiligten für ihr überlegtes Handeln in der Krise. Weiter danken wir allen Beschäftigten in den systemrelevanten Branchen für ihren grossen Einsatz.

Die SP-Fraktion nimmt den Bericht über die kantonalen Massnahmen zur Kenntnis und unterstützt einstimmig die beiden Verordnungsänderungen und den Ausgabenbeschluss des Regierungsrats.

*Für die SP-Fraktion, Michael Kunz, 15.06.2020*